

Marianne Weber als Politikerin: Ihr Kampf für die Gleichberechtigung der Frauen

Edith Hanke

Marianne Weber (1870–1954) hat Frauen- und Demokratiegeschichte geschrieben. Als Politikerin und Parlamentarierin setzte sie sich für die Gleichberechtigung von Frauen in Bildung, Beruf und Politik ein. Mit diesem quellengestützten Beitrag soll sie als öffentlichkeitswirksame Frau aus dem Schatten ihres Mannes Max Weber (1864–1920) herausgeholt werden. Thematisiert werden dabei zeitlos-aktuelle Fragen zur Rolle von Frauen in der Politik, zu den klassischen Frauenressorts, parlamentarischen Usancen, liberal-demokratischen Grundwerten und zum Umgang mit antisemitischen Diffamierungen.

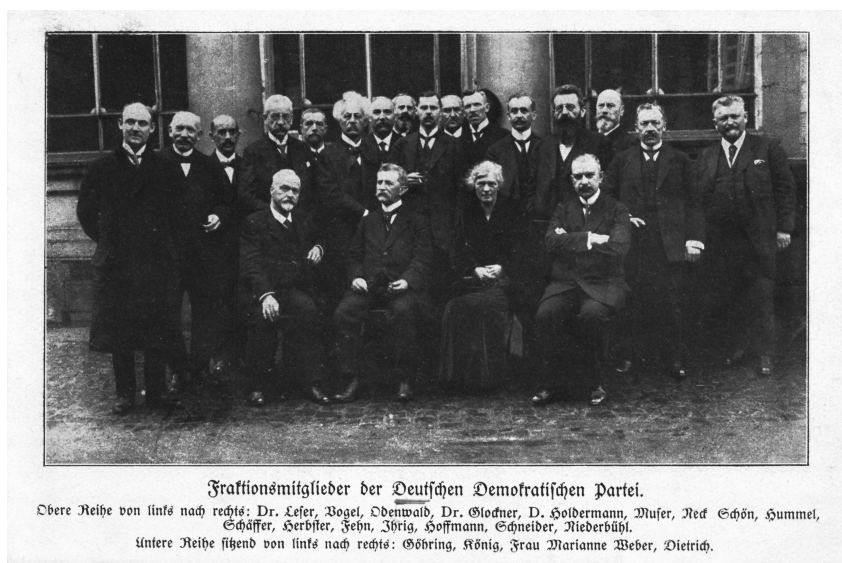


Abb. 1: Marianne Weber mit ihren Kollegen der Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) in der Badischen Verfassunggebenden Nationalversammlung 1919. (Stadtarchiv Karlsruhe, 8/PBS oIV 3).

1. Einführung

Am 15. Januar 1919 schrieb Marianne Weber Demokratiegeschichte. Als erste gewählte Frau hielt sie vor einem deutschen Parlament die „Jungferrede“. Sie sprach als Abgeordnete der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) im Karlsruher Ständehaus, nicht nur als Vertreterin ihres Wahlkreises Mannheim-Heidelberg-Mosbach, sondern als Repräsentantin aller Frauen. Mit der Novemberrevolution 1918 hatten die Frauen in Deutschland das aktive und passive Wahlrecht erlangt. Marianne Weber war voller Enthusiasmus in den kurzen Winterwahlkampf eingestiegen, und es berührte sie, dass selbst Frauen der älteren Generation von ihrem neuen Recht Gebrauch machten und am 5. Januar 1919 an die Wahlurnen gingen. Baden war Vorreiter im neuen republikanischen Deutschland. Hier wurde zuerst gewählt und die Badische Verfassunggebende Nationalversammlung einberufen. Deshalb war Marianne Weber die erste deutsche Parlamentarierin, die das Wort ergriff und eine Rede hielt. Auch in ihrer 25-köpfigen Fraktion war sie die einzige Frau, was auf einer Fotografie eindrucksvoll zum Ausdruck kommt (Abb. 1).¹ Sie übernahm das Amt der Parlamentsschriftführerin und arbeitete an der neuen Badischen Verfassung mit, die am 21. März 1919 in Kraft trat. Danach benannte sich die „Badische Verfassunggebende Nationalversammlung“ in „Badischer Landtag“ um. Ihr Abgeordnetenmandat gab Marianne Weber nach der Sommerpause 1919 auf, weil sie gemeinsam mit ihrem Mann Max Weber nach München umzog. Trotz ihrer Proteste wurde ihr Mandat mit einem männlichen Nachrücker und nicht mit einer Frau besetzt.² In der DDP-Fraktion des Badischen Landtags waren die Männer nun wieder unter sich.

Dieses „politische Zwischenspiel“, wie es Marianne Weber bescheiden in ihren „Lebenserinnerungen“ nannte,³ geriet über Jahrzehnte hinweg in Vergessenheit. Erst im Zuge des 100-jährigen Demokratie-Jubiläums 2019 wurde auch an die Politikerin Marianne Weber erinnert: in einer Stuttgarter Ausstellung, kuratiert vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg,⁴ und in dem Projekt „100 Köpfe der Demokratie“ der Stiftung Bundespräsident-Theo-

1 Marianne Weber mit ihren DDP-Fraktionskollegen, 1919. In: Stadtarchiv Karlsruhe, 8/PBS oIV 3. Siehe S. 241, Abb. 1.

2 Der Ökonomierat Otto Vielhauer wurde zu ihrem Nachfolger bestimmt, vgl. die Notiz in: Heidelberger Zeitung, Nr. 133 vom 11. Juni 1919, Beilage (ohne Paginierung).

3 Marianne Weber: Lebenserinnerungen. Bremen 1948, S. 79.

4 Franziska Dunkel/Paula Lutum-Lenger (Hrsg.): Vertrauensfragen. Der Anfang der Demokratie im Südwesten 1918–1924. Stuttgart 2018; zu Marianne Weber vgl. Christopher Dowe: Erste Rednerin im Parlament. In: Ebd., S. 62 f.

dor-Heuss-Haus in Stuttgart.⁵ Auf Initiative des Landes Baden-Württemberg wurde ihre bedeutende Parlamentsrede nachgesprochen und auf YouTube eingestellt, so dass sie heute hörbar ist und damit vor allem jüngere Menschen besser erreichen kann.⁶

Die Suche nach weiblichen Vorbildern in der heutigen, von vielen Seiten angegriffenen Demokratie erscheint wichtiger denn je. Es fragt sich deshalb, warum die Abgeordnete Weber vergessen werden konnte und die Parlamentarierinnen der jungen Bundesrepublik Deutschland nach 1949 nicht an sie anknüpften. Lag es daran, dass sie nur eine Rolle auf der Karlsruher landespolitischen Bühne und nicht im Theatersaal der Weimarer Nationalversammlung übernommen hatte? Oder lag es vielleicht an ihrer kurzen Mandatszeit im Badischen Landtag? Oder ist der tiefere Grund darin zu suchen, dass sich Marianne Weber nach dem plötzlichen Tod ihres Mannes im Juni 1920 ganz auf die Herausgabe seines Werks und die Abfassung seiner Lebensgeschichte konzentrierte und sich damit selbst in den Schatten des heute weltberühmten Soziologen Max Weber stellte? Gunilla Budde nennt dies in Anlehnung an den „Matilda-Effekt“ den „Mariannen-Effekt“.⁷ Mit diesem Beitrag soll Marianne Weber ein eigenes politisches Profil in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus in der Übergangszeit vom Deutschen Kaiserreich in die Weimarer Republik zurückgegeben werden.

2. „Wir Frauen...“ – Der Weg ins Parlament

„[...] die politische Gleichberechtigung unseres Geschlechts ist zu uns gekommen wie der Dieb in der Nacht“, schrieb Marianne Weber am 8. Dezember 1918,⁸ als die Revolution die Gleichstellung der Frauen brachte. Offen bekannte sie an renommierter Stelle, in einem Artikel auf Seite eins der liberalen „Frankfurter Zeitung“:

„Wir Frauen wollen uns nicht verhehlen, daß wir uns diesen Durchbruch zur wahren Demokratie anders gedacht hatten. Wir hatten gehofft, ihn durch eige-

5 <<https://www.demokratie-geschichte.de/koepfe/2262>> (13.4.2025).

6 <<https://www.des-volkes-stimme.de/die-erste-rede-marianne-weber-spricht-geschichte/>> (9.4.2025).

7 Gunilla Budde: Zur Einführung: Der „Mariannen-Effekt“. In: Dies./Edith Hanke (Hrsg.): Marianne Weber. Frauenfragen. Ausgewählte Reden und Schriften. Tübingen 2025, S. 1–37.

8 Marianne Weber: Die Frauen und die Demokratische Partei. In: Frankfurter Zeitung, 63. Jg., Nr. 340 vom 8. Dez. 1918, 1. Morgenblatt, S. 1. Wiederabdruck in: Budde/Hanke: Frauenfragen (wie Anm. 7), S. 89 (Hervorhebung im Original).

ne Anstrengung, aber auch durch die wachsende Einsicht und Hilfe unserer bürgerlichen Parteigenossen zu erringen. Es ist unsagbar schmerzlich, daß erst aus dem Zusammenbruch unserer nationalen Hoffnungen, aus der Zertrümmerung unseres Staatswesens unsere politische Freiheit geboren wurde. Und dieses Geschenk der Revolution legt sich als schwere Verantwortung auf unsere Schultern.“⁹

Standen hier noch Zweifel im Vordergrund, ob die Frauen auf diese Situation überhaupt vorbereitet seien und ob sie der neuen politischen Verantwortung gerecht werden könnten, so spricht aus der Antrittsrede vor der Badischen Verfassungsgebenden Nationalversammlung am 15. Januar 1919, also nur einen guten Monat später, ein ganz anderes Selbstbewusstsein Marianne Webers. In dem historischen Moment, als sie das Wort auch im Namen aller Frauen in Baden ergriff, betonte sie – fast warnend an ihre männlichen Zuhörer gerichtet: „Wir Frauen können nur unserer hohen Freude und Befriedigung darüber Ausdruck geben, daß wir zu dieser Aufgabe mitberufen sind, und ich glaube sagen zu dürfen, daß wir besser für sie vorbereitet sind, als vielleicht die meisten von Ihnen glauben.“¹⁰

Und in der Tat hatten die meisten weiblichen Abgeordneten in Baden, ebenso wie auf Reichsebene, vor 1918 entweder als Akteurinnen in der Frauenbewegung und in Vereinen oder als Publizistinnen ihre ersten politischen Erfahrungen gesammelt. Bis zum Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes im Mai 1908 war Frauen in Preußen und anderen deutschen Bundesstaaten die politische Betätigung untersagt – Baden stellte in dieser Hinsicht durch sein liberaleres Vereinsrecht eine löbliche Ausnahme dar, das eine politische Betätigung von Frauen nicht explizit ausschloss.¹¹ Somit konnte das Engagement von Frauen fast nur in den geschützten Räumen der eigenen Vereinsbildungen und dazugehörigen Publikationsorgane stattfinden. Öffentliche Auftritte und das

9 Ebd.

10 Marianne Weber: [Rede vor der Badischen Verfassungsgebenden Nationalversammlung am 15. Januar 1919]. In: Verhandlungen des Badischen Landtags, I. Landtagsperiode (15. Januar 1919 bis 15. Oktober 1921), I. Sitzungsperiode (15. Januar bis 15. Oktober 1919 [...]). Karlsruhe 1920, S. 9. Wiederabdruck in: Budde/Hanke: Frauenfragen (wie Anm. 7), S. 93.

11 Birgit Bublies-Godau: „... eine Frauenfrage, die in den Bereich der Volkswirtschaft und Politik hineingehört.“ Friedrich Naumann und sein ambivalentes Verhältnis zur Frauenemanzipation. In: Jürgen Frölich/Ewald Grothe/Wolther von Kieseritzky (Hrsg.): Fortschritt durch sozialen Liberalismus. Politik und Gesellschaft bei Friedrich Naumann. Baden-Baden 2021, S. 79–103, hier S. 89; sowie zu den badischen Verhältnissen Sybille Oßwald-Bargende: Richtungsweisend. Die Frauenrechtlerin Marianne Weber als erste parlamentarische Rednerin. In: Sabine Holtz/Sylvia Schraut (Hrsg.): 100 Jahre Frauenwahlrecht im deutschen Südwesten. Eine Bilanz. Stuttgart 2020, S. 169–186, hier S. 176.

Reden vor größeren Versammlungen musste erst geübt werden. Viele Frauen trauten sich das wegen ihrer höheren Stimmlage weniger zu als Männer. Ohne Mikrophone war es schwer, sich in Sälen mit mehreren hundert Anwesenden Gehör zu verschaffen. Dass es dabei – gerade in der revolutionären Umbruchzeit und im Wahlwinter 1918/19 – nicht immer gesittet zugeht, beschreibt Marianne Weber eindringlich. Bei einer Wahlveranstaltung der Demokratischen Partei in Mannheim flogen Stuhlbeine, Pfeifkonzerte der anwesenden Sozialisten und Arbeiter brachten die demokratischen Redner ins Schwitzen, und Marianne Weber, auf dem Podium sitzend, betrachtete sich dabei von außen, mit den Augen der wütenden Proletarier: „Ich belächelte meine Figur im Seidenkleide und meinen ganzen Habitus als Dame. Gott sei Dank, ich kam nicht mehr zum Zuge, die Versammlung war vorher zu Ende.“¹² Dieses „Kneifen“ gehörte eigentlich nicht zu ihren Charaktereigenschaften. Aber auch sie musste lernen, sich in einer Männerwelt zu behaupten. Ihren ersten Tag im Fraktionszimmer der badischen Demokraten beschreibt sie in ihrem Bericht „Parlamentarische Arbeitsformen“:

„Es war ein seltsames und etwas banges Gefühl, als sich die Augen sämtlicher männlicher Kollegen auf den Neukömmling (sic!), die erste und leider bisher einzige Frau dieser Fraktion richteten, denn es ist etwas anderes, etwa auf einem erhöhten Podium am Rednerpult in angemessener Distanz von der Hörschaft viele Augen auf sich gerichtet zu fühlen, oder aber als ganz ungewohnte Neuerscheinung den prüfenden Blicken eines geschlossenen Kreises von Arbeitsgenossen ausgesetzt zu sein.“¹³

Anfangs etwas holprig, gewöhnte sie sich jedoch an den Parlamentsalltag und die menschlich-geselligen Usancen der Karlsruher Abgeordneten.

Was qualifizierte Marianne Weber als Abgeordnete? Das Handbuch zur Badischen Verfassungsgebenden Nationalversammlung von 1919 bietet einen stichwortartigen Lebenslauf nebst Fotografie: „Ehefrau und Schriftstellerin in Heidelberg; geb. 2.8.1870 in Oerlinghausen (Lippe); ev[angelisch]“; Schulbesuch von 1876 bis 1882 in Lemgo; nach der Verheiratung 1893 Studium der Philosophie und Nationalökonomie; seit 1897 „in der Frauenbewegung tätig, gehört zu ihren Führerinnen“. Neben den Auslandsreisen nach England,

12 Marianne Weber: Frauenbewegung in Heidelberg. [Vortragsmanuskript, ca. 1949]. In: Bayerische Staatsbibliothek (BSB) München, Ana 446.C, Nachlass (NL.) Max und Marianne Weber, Schachtel II. Wiederabdruck in: Budde/Hanke: Frauenfragen (wie Anm. 7), S. 48.

13 Marianne Weber: Parlamentarische Arbeitsformen. Zuerst in: Die Frau. Monatschrift für das gesamte Frauenleben unserer Zeit. Hrsg. von Helene Lange und Gertrud Bäumer, 26. Jg., Heft 10, Juli 1919, S. 295–302, hier S. 295. Wiederabdruck in: Budde/Hanke: Frauenfragen (wie Anm. 7), S. 107 f.

Frankreich, Italien und Amerika verweist das Kurzbiogramm zusätzlich auf ihre wichtigsten Schriften und einige Aufsätze zur Frauenfrage und zu sozio-alethischen Themen.¹⁴ Anschaulich beschreibt ihr Vetter, der Theologe Otto Baumgarten, in einem späteren Geburtstagsartikel die familiären Wurzeln Marianne Webers: die traditionale, patriarchale Familienstruktur und die mit ihr verbundenen Werte, „einen ungemein zähen Arbeitswillen“, ein starkes soziales „Verpflichtungsgefühl“ und „eine hohe Achtung vor der Ehe, Familie, Gattin und Mutter“. Hinzu traten noch das Bestreben nach einem eigengesetzlichen, „starken Frauenleben“,¹⁵ das sie beständig antrieb, für gleiche Bildungschancen und gleiche Rechte von Frauen zu kämpfen.

Ausgangspunkt ihres Engagements in der Frauenbewegung war die Übernahme des Vorsitzes des Heidelberger Vereins „Frauenbildung – Frauenstudium“ im November 1897. Selbstironisch schreibt Marianne Weber rückblickend über die Amtsaufnahme, dass man sie als junge Professorengattin zur Reputationssteigerung des Vereins habe gewinnen wollen.¹⁶ Dass sie im Verein aber eigene Akzente setzte und ein anspruchsvolles Vortragsprogramm mit den Kollegen ihres Mannes auf die Beine stellte, habe die „ältlichen“ Damen in Heidelberg dann doch staunen lassen. Marianne Weber hörte – teilweise gemeinsam mit ihrer Freundin Else von Richthofen, der ersten Doktorandin Max Webers und ersten weiblichen Fabrikinspektorin Badens – philosophische und nationalökonomische Vorlesungen. Da Frauen in Baden erst nach 1900 offiziell studieren durften, hing der Vorlesungsbesuch für Marianne Weber vom Einverständnis des Dozenten beziehungsweise in Heidelberg sogar von der Zustimmung der Fakultät ab. Einige Professoren verweigerten Frauen prinzipiell den Zugang, andere machten einen Rückzieher, falls sich keine weitere Gasthörerin fand. Es galt für eine Frau als unschicklich, alleine unter Männern im Hörsaal zu sitzen.

14 Die verfassungsgebende badische Nationalversammlung 1919. Karlsruhe 1919, S. 144. Aufgeführt wird darin u.a. die Schrift: Marianne Weber: Ehefrau und Mutter in der Rechtentwicklung. Tübingen 1907. Zur politischen Biographie Webers vgl. auch: Konrad Exner: Marianne Weber. Die erste Rednerin im badischen Parlament. In: Badische Heimat, 85. Jg., Heft 2, 2005, S. 277–280; sowie Hans-Peter Becht: Weber, Marianne. In: Ders. (Hrsg.): Handbuch der Badischen Ständeversammlung und des Badischen Landtags 1819–1933. Teilbd. 1, Stuttgart 2021, S. 676 f.

15 Otto Baumgarten: Marianne Weber zum 60. Geburtstag. In: Frankfurter Zeitung, 74. Jg., Nr. 568 vom 2. August 1930. In: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BArch), NS 5-VI/17755.

16 Marianne Weber: Frauenbewegung in Heidelberg (wie Anm. 12), S. 1 (S. 41). Zu den Hintergründen vgl. die bislang ausführlichste Biographie: Bärbel Meurer: Marianne Weber. Leben und Werk. Tübingen 2010, S. 101 ff.

Voller Eifer fertigte Marianne Weber ihre Doktorarbeit über „Fichte's Sozialismus und sein Verhältnis zur Marx'schen Doktrin“¹⁷ bei dem befreundeten Philosophen Heinrich Rickert an. Die Zulassung und der Dokortitel wurden ihr jedoch verwehrt, weil sie kein Abitur vorweisen konnte. Max Weber linderte die als ungerecht empfundene Zurückweisung, indem er die Arbeit seiner Frau in den „Volkswirtschaftlichen Abhandlungen der Badischen Hochschulen“ erscheinen ließ, einer Schriftenreihe für Dissertationen und Habilitationsschriften. Diese verletzende Erfahrung war für Marianne Weber Ansporn und Motivation, sich noch stärker für gleiche Bildungschancen für Mädchen und junge Frauen einzusetzen. Bis zu ihrem Umzug von Heidelberg nach München 1919 blieb sie Vorsitzende der lokalen Vereinssektion „Frauenbildung – Frauenstudium“.¹⁸ Durch Vorträge und Publikationen zum Thema Koedukation sowie Reiseberichte über das Schulwesen in Italien und Amerika wurde sie weit über die Heidelberger Stadtgrenzen hinaus bekannt. Der Heidelberger Vereinsvorsitz verschaffte ihr 1901 zugleich einen Sitz im siebenköpfigen Vorstand des Bundes Deutscher Frauenvereine (BDF). Dieser Zusammenschluss der bürgerlichen Frauenbewegung vertrat im selben Jahr 137 Zweigvereine mit über 70.000 Mitgliedern¹⁹ und stellte damit zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine der stärksten Organisationen weiblicher Interessen im Deutschen Kaiserreich dar. Zunehmend war Marianne Weber auch als Vortragsrednerin deutschlandweit gefragt. 1904 hielt sie in Berlin beim Internationalen Frauen-Kongress sogar zwei Vorträge: einen zur Rechtsstellung der Frau und einen über Frauen in der Wissenschaft.²⁰ Dadurch wurde sie auch international bekannt und vernetzte sich weiter. So besuchte sie bei

17 Marianne Weber: Fichte's Sozialismus und sein Verhältnis zur Marx'schen Doktrin (Volkswirtschaftliche Abhandlungen der Badischen Hochschulen, Band 4, Heft 3). Tübingen 1900; vgl. dazu die Rezension von Friedrich Naumann in: Die Hilfe, Nr. 30 vom 29. Juli 1900, S. 3 f., sowie Brief von Max Weber an Marianne Weber vom 28. Juli 1900. In: Max Weber: Briefe 1895–1902. Hrsg. von Rita Aldenhoff-Hübinger (Max Weber-Gesamtausgabe [MWG II/3]). Tübingen 2015, S. 755 mit Hrsg.-Anm. 4.

18 Bei der Mitgliederversammlung des Vereins am 7. Juli 1919 hielt sie einen Vortrag über ihre zwanzigjährige Tätigkeit, vgl. die Veranstaltungsanzeige. In: Heidelberger Zeitung, 61. Jg., Nr. 147 vom 28. Juni 1919, 2. Beilage, S. [4].

19 Vgl. Gertrud Bäumer: Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland. In: Helene Lange/Gertrud Bäumer (Hrsg.): Handbuch der Frauenbewegung, I. Teil: Die Geschichte der Frauenbewegung in den Kulturländern. Berlin 1901, S. 1–166, hier S. 147.

20 Marianne Weber: Die historische Entwicklung des Eherechts. In: Der Internationale Frauen-Kongress in Berlin 1904. Bericht mit ausgewählten Referaten. Hrsg. im Auftrage des Vorstandes des Bundes Deutscher Frauenvereine von Marie Stritt. Berlin 1905, S. 394–406; dies.: Die Beteiligung der Frau an der Wissenschaft. In: Ebd., S. 105–115. Wiederabdruck in: Budde/Hanke: Frauenfragen (wie Anm. 7), S. 135–144.

ihrer Amerika-Reise, die sie wenige Wochen nach dem Berliner Frauentag antrat, das von ihrer Korreferentin M. Carey Thomas geleitete Frauencollege Bryn Mawr in Philadelphia.²¹ In Chicago wurde sie von der Sozialpolitikerin und Settlement-Begründerin Jane Addams sogar ermuntert, bei der Women's Trade Union League das Wort zu ergreifen.²²

3. Politik für Frauen. Die parlamentarische Arbeit

Nach dieser Vorgeschichte ist es naheliegend, dass sich Marianne Weber als Parlamentarierin für ihre Schwerpunktthemen einsetzte: Frauenrechte, Bildungsfragen und Kommunalpolitik. Davon zeugen ihre Reden und Interpellationen im Badischen Landtag. In der 12. Öffentlichen Sitzung der Badischen Verfassungsgebenden Nationalversammlung am 20. März 1919 äußerte sich die Abgeordnete Weber zu den Paragraphen 8, 9 und 11 des Verfassungsentwurfs, „die staatsbürgerlichen und politischen Rechte der Badener betreffend“.²³ In Sachen Frauenrechte hatte sie sich durch ihr mehr als 500 Seiten umfassendes und bis heute als Grundlagenwerk geschätztes Buch „Ehefrau und Mutter in der Rechtsentwicklung“ von 1907 weit über Frauenkreise hinaus einen Namen gemacht. Sie wurde auch ohne Jura-Studium als Rechtsexpertin anerkannt, offiziell dann auch 1922 durch die Ehrendoktorwürde, die ihr von der Juristischen Fakultät der Universität Heidelberg verliehen wurde.

Im Frühjahr 1919 zeigte sie sich im Parlament stolz darüber, dass in der badischen Verfassung nun alle Rechte „ohne Unterschied des Geschlechts“ gelten sollten.²⁴ Hier findet sich übrigens ein kleiner, aber feiner Unterschied zur Weimarer Verfassung, in der – worauf Sybille Oßwald-Bargende verweist²⁵

21 Brief von Marianne Weber an Helene Weber und Familie vom 27. Oktober 1904. In: Max Weber: Briefe 1903–1905. Hrsg. von M. Rainer Lepsius u. Gangolf Hübinger (MWG II/4). Tübingen 2015, S. 356–360, hier S. 357 f.

22 Am 11. September 1904 in der von Jane Addams mitgegründeten WTUL, dazu: Brief von Marianne Weber an Helene Weber vom 9. September 1904. In: Ebd., S. 279–284, hier S. 283, Hrsg.-Anm. 39. Vgl. auch die spätere Würdigung: Marianne Weber: Jane Addams. Zu ihrem 70. Geburtstag. In: Frankfurter Zeitung, 75. Jg., Nr. 672 vom 9. September 1930, Abendblatt, S. 1 f.

23 Marianne Weber: Rede am 20. März 1919. In: Amtliche Berichte über die Verhandlungen der verfassungsgebenden badischen National-Versammlung, Nr. 12 vom 28. März 1919, Sp. 472–476; leicht überarbeitet: Dies.: Neue Frauenrechte in der badischen Verfassung. In: Heidelberger Zeitung, 61. Jg., Nr. 71 vom 25. März 1919, S. 1 f.

24 Ebd., Sp. 472.

25 Oßwald-Bargende: Richtungsweisend (wie Anm. 11), S. 181.

– den Frauen nur „grundsätzlich“ die gleichen Rechte zugesprochen wurden. Marianne Weber betonte in ihrer Parlamentsrede das urdemokratische Grundrecht, „wonach jeder Mensch, sei er nun hoch oder niedrig, reich oder arm, als Mann oder als Weib geboren, zu denjenigen Posten aufsteigen darf, die er kraft seiner persönlichen Gaben und Leistungen ausfüllen kann“.²⁶ Angesichts der neu verliehenen Rechte sah sie Chancen und neue Entfaltungsmöglichkeiten für Frauen in Gesellschaft und Politik. Ihnen – und das ist ihre praktische Folgerung – stünde nun der Zugang zu ehemals reinen Männerberufen offen, und dies gelte insbesondere für politische Ämter und öffentliche Verwaltungsstellen. Marianne Weber kämpfte explizit für die Gleichbehandlung von Frauen als Beamtinnen und Lehrerinnen, der damaligen Kernklientel des bürgerlichen Liberalismus. Ihren männlichen Kollegen gegenüber machte sie deutlich, dass mit alten Privilegien und Bevorzugungen nun Schluss sein müsse. „Gleicher Lohn für gleiche Leistung“,²⁷ lautete ihre Devise, und dementsprechend trat sie für Gleichbehandlung bei Beförderungen, aber auch für weniger Lohn bei familiär bedingten Auszeiten und Teilzeitregelungen ein. Marianne Weber konnte hart und klar in ihren Forderungen sein und betonte mehrfach, dass es kein Zurück zu den alten patriarchalen Vorrechten und der Abstempelung der Frauen zu „Bürgerinnen zweiten Ranges“ geben werde.²⁸

Mit zwei Interpellationen stemmte sie sich gegen reaktionäre Tendenzen der Nachkriegszeit. Durch die sogenannten Demobilisierungsvorschriften sollten Frauen zugunsten der heimkehrenden Soldaten aus ihren Anstellungen fristlos entlassen werden und überdies ihr Anrecht auf einen Ausbildungsplatz an Fachhochschulen und Universitäten verlieren.²⁹ Dass diese Vorschriften von Männern am Grünen Tisch und ohne jede Praxisnähe erlassen worden waren, belegte Marianne Weber – auch das zeichnete ihren faktenbezogenen, sachlichen Stil aus – durch Zahlen zur Vorkriegsbeschäftigung von Frauen und durch die veränderte gesellschaftliche Lage infolge des kriegsbedingten gravierenden Verlustes an Männern. Hier schob sie, ohne es direkt auszusprechen, dem aufkommenden frauenfeindlichen Revisionismus einen Riegel vor.

26 Marianne Weber: [Rede am 20. März 1919] (wie Anm. 23), Sp. 473.

27 Marianne Weber: Frauenberufsfragen im badischen Verfassungsausschuß. In: Heidelberger Tageblatt und General-Anzeiger, Nr. 137 vom 20. Juni 1919, S. 3. Wiederabdruck in: Budde/Hanke: Frauenfragen (wie Anm. 7), S. 102.

28 Marianne Weber: [Rede am 20. März 1919] (wie Anm. 23), Sp. 473.

29 Marianne Weber: [Redebeiträge am 4. Juli 1919, den Schutz der weiblichen Angestellten und Arbeiter gegen Erwerbslosigkeit betr.]. In: Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags, Nr. 35 vom 12. Juli 1919, Sp. 1345–1350 und 1355–1356, sowie: Dies.: [Berichterstattung, den Ausschluß weiblicher Studierender vom Studium betr.]. In: Ebd., Nr. 43 vom 7. August 1919, Sp. 1662.

Konzilient ging sie dagegen auf die Ängste und Bedenken der Männer (und konservativen Frauen) ein, dass durch die weibliche Berufstätigkeit die Ehe- und Familienstruktur ausgehöhlt werden könnte. Sie betonte die Wahlfreiheit der bürgerlichen Frauen und wies auf die notwendigen sozialen Reformen hin, so dass Frauen aus den Unterschichten ausreichend finanzielle Unterstützung erhielten, um sich teilweise oder ganz um ihre Kinder kümmern zu können. Auch gestand sie zu, dass die Veränderungen in der äußeren Staatsform sehr schnell erfolgt seien, während es für den Gesinnungswandel deutlich mehr Zeit brauche. Ihr Frauenbild weicht in vielem von dem heutigen ab, denn sie setzte auf spezifisch weibliche Eigenschaften, die das Kulturleben bereichern und einen Gegenpol zum männlichen, „objektiven“ Kulturschaffen bedeuten würden.³⁰ In dem Zusammenspiel der Geschlechter sowie einer arbeitsteiligen Kultur- und Politikgestaltung sah sie eine Bereicherung des Gemeinschaftslebens.

Ähnlich argumentierte Marianne Weber bereits bei der 9. Öffentlichen Sitzung am 13. März 1919, in der es um die Beratung des neuen Gemeindegesetzes ging. Hierdurch wurden Frauen zu „vollberechtigten Gemeindebürger[n]“.³¹ In ihrem Redebeitrag betonte sie – wiederum unterfüttert mit statistischen Erhebungen –, dass Frauen bereits vor dem Krieg in städtischen Kommissionen zumeist ehrenamtlich mitgearbeitet und vor allem in der Kriegsfürsorge einen wichtigen Beitrag geleistet hätten. Nun forderte sie, dass deutlich mehr Frauen als Gemeindebeamtinnen und hauptamtliche Kreisfürsorgerinnen eingestellt werden sollten. Konkret sah sie den Bedarf in der Wohlfahrtspflege: Frauen als Schul-, Wohnungs- und Polizeipflegerinnen sowie als Fürsorgerzieherinnen. Nicht zuletzt hob sie – weiblich entwaffnend – die Sonderrolle von Frauen hervor, die sie früher als „Menschenpflegerinnen“ beschrieben hatte³² und die sich nun neben den Stadtvätern als „Stadtmütter“ behaupten könnten. Soziologisch und im Duktus Max Webers begründete sie, dass Frauen gegen den formal-rationalen Bürokratismus das Einzelschicksal der Betroffenen stärker im Blick behielten und ihm mit „Gefühlskraft“ begegnen würden. In dieser Rede, die Marianne Weber anlässlich der badischen

30 Diesen Gedanken hatte Marianne Weber in kritischer Auseinandersetzung mit dem Soziologen Georg Simmel ausführlich dargelegt: Die Frau und die objektive Kultur. In: Logos. Internationale Zeitschrift für Philosophie der Kultur. Hrsg. von Richard Kroner und Georg Mehlis. Bd. IV. Tübingen 1913, S. 328–363. Gekürzter Wiederabdruck in: Budde/Hanke: Frauenfragen (wie Anm. 7), S. 179–193.

31 Marianne Weber: [Redebeitrag am 13. März, Beratung über den Gesetzentwurf, die Änderung der Gemeinde- und Städteordnung betr.]. In: Badische National-Versammlung: Amtliche Berichte (wie Anm. 23), Nr. 9 vom 22. März 1919, Sp. 285–288.

32 Marianne Weber: Die Frauen und die Demokratische Partei (wie Anm. 8), S. 1 (S. 92).

Gemeindewahlen am 25. Juni 1919 nochmals in leicht abgeänderter Form im Heidelberger Tageblatt veröffentlichte,³³ rekurrierte sie auf ihre eigenen Erfahrungen in der Kommunalverwaltung. Obwohl nach dem badischen Gesetz bestimmte städtische Kommissionen vor dem Krieg bereits zu einem Viertel mit Frauen zu besetzen waren, gab es doch ausreichend Mechanismen, um Frauen politisch kalt zu stellen.

Festverbürgte Ämter hatten Frauen meist nur in der Schul- und Armenfürsorge. In dieser Hinsicht war für Marianne Weber ihre Schwiegermutter ein prägendes Vorbild, denn Helene Weber gehörte in Charlottenburg zur städtischen Armendirektion mit Stimmrecht.³⁴ Erst im Mai 1912 wurde Marianne Weber zusammen mit ihrer Mitstreiterin Camilla Jellinek, der Leiterin der Heidelberger Rechtsschutzstelle und Ehefrau des Staatsrechtlers Georg Jellinek, in die städtische Schul- und sozialpolitische Kommission gewählt.³⁵ Einen Namen in der Stadt hatte sie sich bereits durch ihre Petitionen zur Abschaffung der Bordelle erworben.³⁶ Es waren diese Aktionen, die wegen der Sittlichkeitsfrage von örtlichen Pfarrern unterstützt und von dem befreundeten Theologen Ernst Troeltsch sogar in der Ersten Kammer des badischen Landtags 1910 vorgetragen wurden.³⁷ Kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges beteiligte sie sich dann aktiv am Wahlkampf für die Ortskrankenkassen. Die Frauenvereine Heidelbergs traten hierbei mit einer eigenen Liste an, die aber nur einen Sitz neben Gewerkschaftlern und christlich-nationalen Arbeitervereinigungen erringen konnten.³⁸ Das andere große Betätigungsfeld fand Marianne Weber in der Kriegsfürsorge, wo es vor allem um die Beurteilung der Förderbedürftigkeit von Familien der unteren Schichten und von alleinstehenden Soldatenfrauen ging. Spöttisch distanziert, beschreibt Eberhard Go-

33 Marianne Weber: Frauenaufgaben in der Gemeindeverwaltung. In: Heidelberger Tageblatt und General-Anzeiger, Nr. 115 vom 22. Mai 1919, S. 3 f. Wiederabdruck in: Budde/Hanke: Frauenfragen (wie Anm. 7), S. 95–100.

34 Rita Aldenhoff-Hübinger/Gangolf Hübinger: Das Berlin Max Webers. Erfahrungswelten einer Großstadt. Berlin 2025, S. 7.

35 Vgl. Meurer: Marianne Weber (wie Anm. 16), S. 344 f.

36 Vgl. Marianne Weber: Zur Sittlichkeitsfrage. Der Kampf gegen die gewerbsmäßige Prostitution. In: Centralblatt des Bundes deutscher Frauenvereine, 5. Jg., Nr. 10 vom 15. August 1903, S. 73–75.

37 Ernst Troeltsch: Verhandlungen der Ersten Kammer vom 44. Landtag 1909/1910. Beilage Nr. 44 zum Protokoll der 8. Sitzung der Ersten Kammer am 9. April 1910. In: Ders.: Reden, Voten und Berichterstattung in der Stände-Versammlung des Großherzogtums Baden 1909–1915. Hrsg. von Harald Haury (Ernst Troeltsch Kritische Gesamtausgabe, Band 23). Berlin 2022, S. 51–60, bes. S. 53–56.

38 Vgl. den Brief Max Webers an Marianne Weber vom 18. März 1914. In: Max Weber: Briefe 1913–1914. Hrsg. von M. Rainer Lepsius u. Wolfgang J. Mommsen (MWG II/8). Tübingen 2003, S. 560 mit Hrsg.-Anm. 1.

thein, Professor für Nationalökonomie und ab 1919 ihr Fraktionskollege im Karlsruher Landtag, Marianne Weber in ihrer sozialen Fürsorgearbeit:

„Frau Weber war mit einer kleinen, verfallenen, proletarischen Näherin beschäftigt, die nur noch wenige graue Haare und noch weniger Zähne hatte; sie entließ sie mit lehrhaft mütterlicher Ermahnung, um mir dann zu erzählen: da sei sie nun Rechtsschutz und zugleich amtlich bestellte Vormünderin; denn die Person habe 5 uneheliche Kinder von 5 verschiedenen Männern [...] und eben habe sie von einem verheirateten Mann, der auch 5 Kinder habe, ein 6^{tes} bekommen. Da gelte es nun Alimente von dem unehelichen Vater herauszuschlagen.“³⁹

4. Facetten des Liberalismus

Das Deutsche Kaiserreich bot genügend Anschauungsmaterial, in welche Richtungen der Liberalismus sich auf- und zerspalten konnte: Auf der einen Seite die Fortschrittlichen und die Freisinnigen, auf der anderen Seite die Nationalsozialen und die Nationalliberalen, die, wie etwa Max Weber sen., Abgeordneter im Reichstag und Preußischen Abgeordnetenhaus, klar zum Kaiserreich standen. Sie waren Anhänger der konstitutionellen Monarchie, manche von ihnen aber auch einer parlamentarischen Monarchie nach britischem Vorbild. Diese Haltung vertrat Max Weber jun. bis zum Vorabend der Revolution 1918. Liberalismus und Demokratie zusammen zu denken, musste die jüngere Generation ohne die 1848er Erfahrungen erst lernen. Alfred Weber, Max Webers nächstjüngerer Bruder, tat sich leichter mit diesem Gedanken und gehörte im November 1918 zu den Mitbegründern der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei. Gemeinsam mit Theodor Wolff, Albert Einstein, Hugo Preuß, Friedrich Naumann und anderen Unterstützern unterschrieb Marianne Weber den Gründungsauf Ruf „Männer und Frauen des neuen Deutschland!“, sogar vor ihrem zögernden Ehemann.⁴⁰

Bereits in seiner Antrittsvorlesung vom Mai 1895, umstritten wegen der „Brutalität“ der vorgetragenen Ansichten, hatte Max Weber bezweifelt, ob das deutsche Bürgertum „reif“ für eine politisch führende Rolle im Deutschen

39 Brief von Eberhard Gothein an Marie Luise Gothein vom 2. September 1911. In: Michael Maurer/Johanna Sängler/Editha Ulrich (Hrsg.): Im Schaffen genießen. Der Briefwechsel der Kulturwissenschaftler Eberhard und Marie Luise Gothein (1883–1923). Köln u.a. 2006, S. 390–392, hier S. 391.

40 Der Aufruf erschien in: Berliner Tageblatt, Nr. 587 vom 16. November 1919. Vgl. dazu: Eberhard Demm: Ein Liberaler in Kaiserreich und Republik. Der politische Weg Alfred Webers bis 1920. Boppard a. Rh. 1990, S. 258 mit Anm. 258 (allerdings ohne Erwähnung von Marianne Weber!), dort auch die Hintergründe der Parteigründung, ebd., S. 256–278; sowie Meurer: Marianne Weber (wie Anm. 16), S. 395.

Kaiserreich sei.⁴¹ Diese Ansicht prägten auch seine Weltkriegsschriften zur Neuordnung Deutschlands. Für die Demokratie sei die deutsche Gesellschaft noch nicht „reif“, weil ihr gewisse Formqualitäten fehlen würden. Es ist daher nicht weit hergeholt, dass auch Marianne Weber die Frage nach der „Reife“ der Frauen für politische Verantwortung und Ämter 1918/19 aufgriff. Demokratie lebte und lebt von einer vitalen Zivilgesellschaft. Diesen Zusammenhang konnte das Ehepaar Weber auf seiner mehrwöchigen Reise durch die USA beobachten. Mit soziologisch geschultem Blick fiel Marianne Weber die völlig andere Behandlung der Frauen auf: Sie würden den Männern auf Augenhöhe begegnen und von ihnen als „Kameraden“ geschätzt. Verantwortlich machte sie dafür die demokratische Gesinnung in den Vereinigten Staaten. Gleichbehandlung im Haus, in der Schule und im öffentlichen Leben – das imponierte ihr. Es erstaunte sie, dass amerikanische Professorenfrauen ohne Dienstmädchen den Haushalt selber führen mussten, dabei aber von ihren Männern und Kindern, Jungen wie Mädchen, unterstützt wurden. Ständische Privilegien, wie sie das deutsche Bürgertum kannte, gäbe es dort nicht mehr. Zugleich waren beide Webers von der „absolute[n] Autoritätslosigkeit“ der amerikanischen Jugend beeindruckt.⁴² In New York besuchten sie einen Kinder-Club der Educational Alliance, die jüdische Einwandererkinder auf das Leben in der amerikanischen Gesellschaft vorbereiten wollte, was man in heutiger Terminologie als ein Integrationsprojekt für Migranten bezeichnen könnte. Über den Besuch einer Versammlung in einem solchen Kinderklub verfasste Marianne Weber einen empathischen Bericht:

„Eine Versammlung zwölfjähriger Proletarierkinder, der ich beiwohnte, leitete der knirpsige ‚Mr. Chairman‘ nach allen Regeln der Kunst. Zunächst wurde über die Aufnahme eines neuen Mitglieds abgestimmt [...], und dann kam die Hauptsache, eine sorgfältig einstudierte Diskussion über die hochpolitische Frage, ob es besser sei, die Senatoren durch die Legislaturen der Einzelstaaten oder durch das ganze Volk wählen zu lassen.“

Und sie resümiert:

„Drüben befördert man derartige Vereinigungen als eine Vorschule demokratischer Bürgertugenden, und es ist nicht zu leugnen, daß sich die Kinder dadurch nicht nur parlamentarische Formen und gute Manieren, sondern auch die Grundsätze der Selbstverwaltung und Kooperation aneignen, sich zugleich

41 Max Weber: Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik. Akademische Antrittsrede. In: Ders.: Landarbeiterfrage, Nationalstaat und Volkswirtschaftspolitik. Schriften und Reden 1892–1899. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen (MWG I/4). Tübingen 1993, S. 543–574, hier S. 568 und dazu den Editorischen Bericht, S. 538.

42 Brief Max Webers an Helene Weber und Familie vom 16. November 1904. In: Max Weber: Briefe 1903–1905 (wie Anm. 21), S. 388–390, hier S. 389.

selbst behaupten und unterordnen lernen und eine nicht zu unterschätzende gegenseitige Kontrolle ihres Betragens ausüben.“⁴³

Aus diesen Zeilen spricht der Idealismus Marianne Webers, die daran glaubte, durch Erziehung und Bildung Menschen prägen und so eine Basis für eine demokratische Gesellschaft legen zu können. Diese Haltung spiegelt sich auch in dem häufig belehrend-aufklärerischen Duktus ihrer Reden und Schriften.

Was für Marianne Webers Liberalismus-Begriff entscheidend war, ist der bürgerliche Wertekanon, der durch die Philosophie des deutschen Idealismus und protestantische Moralvorstellungen unterfüttert wurde. M. Rainer Lepsius verwendet für diese im Heidelberger Weber-Haus gepflegte Weltanschauung die Begriffe „Kulturliberalismus, Kulturprotestantismus und Kulturfeminismus“, letzterer speziell für Marianne Weber zutreffend.⁴⁴ Sehr klar buchstabiert sie diese Werthaltung in ihrem bereits zitierten Zeitungsartikel „Die Frauen und die demokratische Partei“ aus:

„Tiefster Ausgangspunkt der liberalen Demokratie ist die Achtung vor der *Menschenwürde*, der Glauben an den *absoluten Wert des einzelnen*. Um dieses Wertes willen fordert sie für alle Freiheit, das Recht zu freier sittlicher Selbstbestimmung und Selbstverantwortlichkeit. Sie will jedem einzelnen so viel Freiheit sichern, als er bedarf zur vollen Entfaltung seiner wertvollen Gaben und seiner sittlichen Persönlichkeit. Gerade auf diese Idee, daß jeder, der Menschenantlitz trägt, zu wirklicher Freiheit berufen ist, stützen auch wir modernen Frauen unsere Forderungen. [...] Die echte Demokratie überwölbt die natürliche Ungleichheit der Menschen mit der Idee der *Gleichheit* aller vor dem Gesetz, ihrer Gleichberechtigung gegenüber dem Staat.“⁴⁵

Hiermit formulierte sie einen ur-liberalen Grundsatz: Menschen sind unterschiedlich; der Staat kann nur rechtliche Gleichheit garantieren. Was der Einzelne aus diesen Rechten macht, liegt in seiner persönlichen Verantwortung. Und sie fügt in ihrem Beitrag die praktisch-sozialen Konsequenzen an: „Die Demokratie sieht in dieser politischen Mitverantwortlichkeit das wichtigste

43 Marianne Weber: Was Amerika den Frauen bietet. Reiseeindrücke (1905). In: Zentralblatt des Bundes deutscher Frauenvereine, 6. Jg., Nr. 23 vom 1. März 1905, S. 177–179, hier S. 179. Wiederabdruck in: Budde/Hanke: Frauenfragen (wie Anm. 7), S. 76 (Hervorhebung im Original). Vgl. auch: Brief von Marianne Weber an Helene Weber und Familie vom 11. November 1904. In: Max Weber: Briefe 1903–1905 (wie Anm. 21), S. 381–388, hier S. 386.

44 M. Rainer Lepsius: Kulturliberalismus, Kulturprotestantismus und Kulturfeminismus. Das Max-Weber-Haus in Heidelberg, Ziegelhäuser Landstraße 17. In: Ders.: Max Weber und seine Kreise. Essays. Tübingen 2016, S. 159–209, bes. S. 188–195 u. 207 f.

45 Marianne Weber: Die Frauen und die demokratische Partei (wie Anm. 8), S. 1 (S. 90 f.) (Hervorhebung im Original).

erzieherische Mittel, um auch den letzten Volksgenossen mit dem Gemeinschaftsleben zu verbinden [...].“⁴⁶

Diese Aussagen schlugen eine Brücke zum Engagement von Friedrich Naumann und seinem Kreis um den Nationalsozialen Verein. Die Mitglieder dieses Kreises verstanden sich als Liberale, die ein soziales Kaisertum anstrebten. Die Arbeiterschaft sollte durch die Lösung der Sozialen Frage, d.h. durch politische und soziale Reformen, und vor allem durch bessere Bildung in das Deutsche Kaiserreich eingebunden werden. Dieses Ziel ging mit dem kulturprotestantischen Bestreben einher, den sozialistischen Internationalismus zu bändigen und in nationale Bahnen umzuleiten. Aus den Reden und Schriften Naumanns, aber auch des Ehepaars Weber, kann man deutlich die Fokussierung auf den deutschen Nationalstaat ablesen, gerade in der Phase seiner Infragestellung während des Umbruchs 1918/19. Ein nationaler Liberalismus stellte zu dieser Zeit eher eine Selbstverständlichkeit als eine Ausnahme dar. Max Weber und insbesondere seine Mutter Helene Weber unterstützten die Bestrebungen Naumanns, die ausgehend vom Evangelisch-sozialen Kongress 1896/97 zur Gründung einer eigenen Partei mit den entsprechenden Publikationsorganen und Kandidaturen für den Deutschen Reichstag führten. Die Erfolglosigkeit Naumanns bestätigte allerdings Max Webers ursprüngliche Skepsis gegenüber dieser Parteigründung. Ungeachtet dessen blieben die Nähe und Freundschaft der Familie Weber zu Naumann bestehen. Marianne Weber schätzte ihn als Persönlichkeit, vor allem, weil er Max Weber während der schlimmsten Krankheitsphase die Treue hielt und sich als guter Seelsorger erwies. Dennoch gab es inhaltliche Auseinandersetzungen zwischen Marianne Weber und den Anhängern Friedrich Naumanns, was die Anschauungen über Frauen und die Frauenbewegung betraf.

Das führt mitten in die erste größere publizistische Kontroverse, die Marianne Weber im Herbst 1901 mit Hellmut von Gerlach, dem Chefredakteur von Naumanns Zeitschrift „Die Zeit. Nationalsoziale Wochenschrift“ austrug. Gerlachs Bericht über zwei, fast zeitgleich stattgefundene Kongresse der bürgerlichen Frauenbewegung, des „Allgemeinen deutschen Frauenvereins“ in Eisenach und der „Fortschrittlichen Frauenvereine“ in Berlin, war mit spitzer Feder geschrieben. Trotz aller differenzierenden Beschreibung des „altliberalen“ Lagers um Helene Lange und des von ihr mitbegründeten „Allgemeinen Deutschen Frauenvereins“ im Gegensatz zum radikaleren linksliberalen „Verband fortschrittlicher Frauenvereine“ um Minna Cauer und Anita Augspurg, musste der Artikel als eine Ohrfeige für die gesamte bürgerliche Frauenbewegung verstanden werden. Diese habe, egal ob rechts oder links orientiert,

46 Ebd. (S. 91).

nicht den „Wille[n] zur Politik“, so von Gerlachs Vorwurf. Demgegenüber stellte er die proletarische Frauenbewegung, insbesondere ihre Anführerinnen Clara Zetkin und Rosa Luxemburg, als leuchtende Vorbilder dar. Sie waren mit der Überschrift „Politische Frauen“ gemeint, denn Sozialistinnen und Marxistinnen würden ihre eigene Partei unterstützen und als Genossinnen sozialdemokratische Parteipolitik betreiben. Dazu seien die bürgerlichen Frauen viel zu unentschlossen. Zugespitzt brachte es von Gerlach auf die – nicht ganz unwahre – Formel: „Die *proletarische* Frauenbewegung ist aus der *Not* heraus geboren, die *bürgerliche* aus der *Ethik*.“⁴⁷

Der Artikel erreichte Marianne Weber im fernen Rom, wo sie sich mit ihrem Mann zu dessen Rekonvaleszenz aufhielt. Und der Artikel provozierte sie. Ihre Gegendarstellung war ein leidenschaftliches Bekenntnis zu eben jenen ethischen und ideellen Grundlagen der gemäßigten bürgerlichen Frauenbewegung. Friedrich Naumann, der Herausgeber der „Zeit“, war aus strategischen Gründen wenig erfreut über ihre Absicht, „den Gerlachschen Frauenartikel angreifen [zu] wollen“.⁴⁸ Schließlich war die Gegendarstellung eines anderen Autors – wie Naumann brieflich mitteilte – bereits zurückgewiesen worden, weil man im ersten Jahrgang der Wochenzeitung keinen Eindruck der Zerstrittenheit bieten wollte. Trotzdem gab Naumann am Ende nach, und so erschien Marianne Webers Replik am 14. November 1901 in der „Zeit“ unter der Überschrift „Politik und Frauenbewegung“. Sie machte prinzipielle Gründe geltend, weshalb die Frauenbewegung als „Gesamtheit“ sich nicht in einzelne Parteien aufsplittern sollte. Nicht um „Klassenkampf“, die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft oder andere politische Ziele gehe es, sondern um den universellen Anspruch der Frauenbewegung, getragen von „*autonomen* sittlichen Idealen“, die spezifisch weiblichen Forderungen zu vertreten. Eine parteipolitische Agitation einzelner Frauen sei zwar möglich, aber sie erfolge „*nicht* im Namen der Frauenbewegung“.⁴⁹ Eine „Erwiderung“ von Gerlachs wurde direkt hinter Webers Artikel abgedruckt. Bei der Generalversammlung des BDF ein Jahr später in Wiesbaden vermied von Gerlach den direkten

47 Hellmut von Gerlach: Politische Frauen: In: Die Zeit. Nationalsoziale Wochenschrift. Hrsg. von Friedrich Naumann, 1. Jg., Nr. 2 vom 10. Oktober 1901, S. 35–37, hier S. 37 (Hervorhebung im Original).

48 Brief von Friedrich Naumann an Marianne Weber vom 18. Oktober 1901. In: BArch, N1. Friedrich Naumann, N 3001/106.

49 Marianne Weber: Politik und Frauenbewegung. In: Die Zeit (wie Anm. 47), 1. Jg., Nr. 7 vom 14. November 1901, S. 206–209, hier S. 209 (Hervorhebung im Original).

Kontakt mit Marianne Weber. Sie konnte nur mutmaßen, dass er „offenbar durch unsre kleine litterarische Fehde“ verärgert war.⁵⁰

Weitere Kreise zog Marianne Webers Artikel allerdings in der Frauenbewegung selbst, denn Marie Stritt veröffentlichte einen Nachdruck im „Centralblatt des Bundes deutscher Frauenvereine“. Trotz der grundlegenden Bedeutung des Artikels distanzierte sich Stritt von den „darin vertretenen persönlichen Anschauungen der Verfasserin“.⁵¹ In den Folgejahren nahmen die Spannungen zwischen beiden Frauen zu, und Marianne Weber beklagte sich gegenüber ihrer Schwiegermutter über die „despotische Bundesmutter“.⁵² Möglicherweise hatte Weber, die 1901 frisches Vorstandsmitglied im BDF war, die Vorsitzende Stritt vorab nicht über den Artikel informiert und sie dadurch in ihrer Position angegriffen. Aber auch inhaltlich distanzieren sich die beiden weiblichen Führungspersönlichkeiten zunehmend voneinander. Während Stritt die Erwerbstätigkeit aller Frauen forderte, vertrat Weber eine gemäßigte Position, die das Ehefrauen- und Mutterdasein verteidigte und auf die Wahlmöglichkeit und freie Entscheidung der Frauen in dieser Frage pochte. 1910 löste Gertrud Bäumer, eine enge Vertraute Friedrich Naumanns, Marie Stritt im Vorsitz des BDF ab. Auch Marianne Weber verband eine enge Freundschaft mit „Trude“, so dass sie sich von ihr überreden ließ, 1919 den Vorsitz des Verbandes zu übernehmen.⁵³ Weber hatte ihr Abgeordnetenmandat gerade aufgegeben, während Bäumer als DDP-Abgeordnete in die Weimarer Nationalversammlung einzog. Hieran wird deutlich, dass die gemäßigten bürgerlichen Frauen eine zu enge Verquickung von Parteipolitik und Engagement in der Frauenbewegung vermieden. Die Frauen, auch verschiedener Parteiobservanz, sollten aus ihrer Sicht eine gemeinsame Vertretung im BDF behalten.

50 Brief von Marianne Weber an Helene Weber vom 20. Oktober 1902. In: BSB München, Ana 446.C. Nach einer Transkription. In: Max Weber-Arbeitsstelle, Bayerische Akademie der Wissenschaften (BAW) München.

51 Marianne Weber: Politik und Frauenbewegung. In: Centralblatt des Bundes deutscher Frauenvereine. Hrsg. von Marie Stritt, 3. Jg., Nr. 17 vom 1. Dezember 1901, S. 129 f., die redaktionelle Anm. auf S. 129.

52 Brief von Marianne Weber an Helene Weber vom 26. Februar 1910. In: BSB München, Ana 446.C. Nach einer Transkription. In: Max Weber-Arbeitsstelle, BAW München.

53 Vgl. bes. die Briefe von Marianne Weber an Max Weber vom 26. Juni (Fahrt zur BDF-Vorstandskonferenz nach Erfurt) und 2. Juli 1919. In: Ebd.

5. Der Kampf gegen den Antisemitismus

Marianne Weber war als neu gewählte Vorsitzende des BDF direkt einer vereinsinternen Zerreißprobe ausgesetzt. In der aufgeheizten Atmosphäre der revolutionären Umbrüche der Nachkriegszeit machte sich ein zunehmend unverhohlener Antisemitismus breit: auf der Straße, in der Presse, in den Parteien, den Parlamenten und selbst an den Universitäten, wie die Eheleute Weber irritiert feststellen mussten. Gemeinsam unterzeichneten sie Anfang Januar 1919 zusammen mit 89 Heidelbergern eine Erklärung für „unsere jüdischen Mitbürger“, denen „offen oder versteckt [...] die Ursache alles militärischen, politischen und wirtschaftlichen Unglücks, das über unser Vaterland hereingebrochen ist, zugeschrieben“ worden sei.⁵⁴ Während einer Hochschuldebatte im Badischen Landtag war der Jurist Guido Leser offenbar mit seinem Parteikollegen Eberhard Gothein aneinandergeraten und hatte sich gegen die Benachteiligung von Privatdozenten und Juden an den Universitäten eingesetzt. Marianne Weber war – wie sie an ihren Mann berichtete – die Einzige, die sich in der Landtagsfraktion der DDP hinter Leser stellte.⁵⁵

Nun, im Spätsommer 1919, hatte Marianne Weber am Vorabend ihrer Wahl zur Vorsitzenden bei der BDF-Generalversammlung in Hamburg einen Vortrag über „Die Mitarbeit der Frauen am geistigen und sittlichen Wiederaufbau unseres Volkslebens“ gehalten. Der heutige Leser wird den Vortrag als national-patriotisch, vielleicht sogar nationalistisch auffassen. Aber die „rechten“, alldeutsch und völkisch gesonnenen Zeitgenossinnen empfanden Marianne Webers Ausführungen zur Länge des Krieges und den seelischen Folgen bereits als einen Affront gegen ihre nationalen Gefühle. Um die Wogen zu glätten, suchte Weber noch während der Zusammenkunft das direkte Gespräch. Rückblickend bekannte sie, dass sie „sehr ungern“ jemanden verletze, aber aus Gewissensgründen „gerade in diesem Kreise und an diesem Abend mit vollster

54 Erklärung. In: Heidelberger Zeitung, Nr. 12 vom 15. Januar 1919, S. 3; vgl. auch: Erklärung gegen antisemitische Propaganda. In: Max Weber: Zur Neuordnung Deutschlands. Schriften und Reden 1918–1920. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen (MWG I/16). Tübingen 1988, S. 510–512.

55 Brief von Marianne Weber an Max Weber vom 8. Juli 1919. In: BSB München, Ana 446.C. Nach einer Transkription. In: Max Weber-Arbeitsstelle, BADW München. Dort schreibt sie: „Unser eifriger Guido Leser hat sich neulich in der Fraktion einen gründlichen Rüffel zugezogen. Er [...] hat dem hochverehrten ‚Mitglied der Fraktion‘ Gothein bei der Hochschuldebatte widersprochen. G. hat nämlich alle Schatten wegzusuchen gesucht, Leser trat als Anwalt der vernachlässigten Privatdozenten und vor allem der Juden auf – wobei unser Fraktionschef mit 2 andern den Saal verließ[en]. O der arme Guido – ich war die einzige, die dann in der Fraktion für ihn die Lanze brach.“

Aufrichtigkeit“ hätte sagen müssen, was ihrerseits „gesagt werden mußte“.56 Nach der Publikation des Vortrags meldete sich am 26. Januar 1920 ein – wie sie vermutete – männlicher Kritiker zu Wort. In der „Deutschen Zeitung“ beklagte er „Judentum und Internationalismus in der Frauenbewegung“ und bezog sich auch auf Webers Vortrag.⁵⁷ Sein Hauptvorwurf an den BDF lautete, dass der Vorstand sich hauptsächlich aus Jüdinnen und Demokratinnen zusammensetzen und deshalb nicht die gesamte weibliche Bevölkerung in Deutschland repräsentieren würde. Den Anschluss an die Internationale Frauenliga betrachtete er sogar als Verrat an deutschen Interessen. Marianne Weber konnte die Vorwürfe als Bundesvorsitzende nicht stehen lassen und antwortete im „Zentralblatt des Bundes Deutscher Frauenvereine“.⁵⁸ Unter der Überschrift „Vom ‚Ring nationaler Frauen‘“ setzte sie sich mit den Argumenten der von ihr abgelehnten „Sonderbündelei“ auseinander. Auf die antisemitischen Auslassungen, „daß der Bund ‚im Laufe der Zeit immer mehr in jüdisches Fahrwasser geraten und derzeit die Stätte der fast unumschränkten Herrschaft Judas‘ sei“,⁵⁹ reagierte sie mit Bestürzung und Scham, die ihr zunächst die Worte zu rauben schienen. Falsche Tatsachen würden behauptet, deren Korrektur nicht der Rede wert sei, aber „der Ton, die demagogische Routine dieses Artikels, die Gesinnungsart, die er ausströmt, sind derart, daß man sich tief in die Seele über die politische Kampfweise unserer Tage schämt, daß man sich noch tiefer schämen müßte, wenn eine *Frau* diesen Artikel geschrieben hätte!“⁶⁰

Dabei war dieser Angriff fast schon ein Déjà-vu für Marianne Weber. Knapp zehn Jahre zuvor, hatte der Philosoph Arnold Ruge die Frauenbewegung in Heidelberg beschimpft als „eine Bewegung, die sich zusammensetzt aus *alten Mädchen, sterilen Frauen, Witwen und Jüdinnen*, die aber, welche Mütter sind und die Pflichten der Mutter *erfüllen*, sind nicht dabei.“⁶¹ Marianne Weber

56 Marianne Weber: Vom „Ring nationaler Frauen“. In: Die Frauenfrage. Zentralblatt des Bundes Deutscher Frauenvereine, 22. Jg., Nr. 5 vom 1. März 1920, S. 34–36, hier S. 34. Wiederabdruck in: Budde/Hanke: Frauenfragen (wie Anm. 7), S. 79–85, hier S. 79f.

57 E. Witte: Judentum und Internationalismus in der Frauenbewegung. In: Deutsche Zeitung, 25. Jg., Nr. 46 vom 26. Januar 1920, Morgenausgabe, Rubrik „Frauen-Zeitung“, S. 3.

58 Marianne Weber: Vom „Ring nationaler Frauen“ (wie Anm. 56).

59 Ebd., S. 36 (S. 84).

60 Ebd. (S. 84f.) (Hervorhebung im Original).

61 Arnold Ruge: Eingesandt. In: Heidelberger Tageblatt, Nr. 382 vom 3. Dezember 1910, 2. Bl., S. 3, hier zit. nach: Max Weber: Briefe 1909–1910. Hrsg. von M. Rainer Lepsius u. Wolfgang J. Mommsen (MWG II/6). Tübingen 1994, S. 715 (Hervorhebung im Original).

fühlte sich schon damals als Vorsitzende des Heidelberger Vereins „Frauenbildung – Frauenstudium“ zu einer Gegendarstellung verpflichtet. Es war keine glückliche Fügung, dass sich ihr Ehemann in den Konflikt einmischte, offenbar durch Kollegen gedrängt, sich ritterlich-schützend vor seine Frau zu stellen. Die ganze Affäre weitete sich zu einem öffentlichen Skandal aus. Dabei ging es kaum noch um die sexistischen, antisemitischen Diffamierungen Ruges, sondern um verletzte männliche Ehre, die bis zu einer Duellforderung und mehreren Prozessen führte.⁶² Heute mag man die Eigendynamik der so genannten Affäre Ruge bedauern, weil sie von der inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus ablenkte. Allerdings lässt Max Webers späteres Statement gegen den um sich greifenden Antisemitismus an der Universität München keinerlei Zweifel an seiner Haltung zu. Er stellte sich mutig vor einen angegriffenen jüdischen Studenten und attackierte den Rektor offen wegen dessen Untätigkeit. Auch Marianne Weber war sich sicher, dass ihr Mann im Dritten Reich zu seinen jüdischen Studenten gehalten hätte. Das schrieb sie offen auf eine Postkarte an Julie Meyer.⁶³ In ihrem eigenen Kreis agierte sie dagegen nach 1933 deutlich vorsichtiger, was ihre Freundschaft zum Ehepaar Gertrud und Karl Jaspers belastete.⁶⁴

6. Schlussbetrachtungen

Marianne Webers parlamentarisches „Zwischenspiel“ dauerte nicht einmal ein Jahr. Ihre Reden, Zeitungsartikel und Zeitschriftenbeiträge zeigen sie 1918/19 als eine überzeugte Demokratin und Kämpferin für die Gleichberechtigung der Frauen. Aber sie war nach wenigen Wochen ermüdender Parlamentsarbeit nicht unglücklich, dass diese Episode endete. Ihr Aufsatz „Parlamentarische Arbeitsformen“ ist ein Lehrstück aus dem Maschinenraum der parlamentarischen Demokratie. Darin wägt sie auch die Vor- und Nachteile der Fraktionsdisziplin ab. Während die Sozialdemokraten und auch das Zentrum sehr geschlossen auftraten, tendierten – wie sie schreibt – die liberalen Demokraten, „die ja fast ausnahmslos von den alten freiheitlichen Idealen durchtränkt sind“, am ehesten dazu, „die Abstimmung freizugeben“.⁶⁵ Auch andere Beobachtun-

62 Die Prozessakten sind abgedruckt in: Max Weber: Briefe 1911–1912. Hrsg. von M. Rainer Lepsius u. Wolfgang J. Mommsen (MWG II/7). Tübingen 1998, S. 816–988.

63 Julie Meyer-Frank: [Erinnerungen]. In: Rüdiger vom Bruch/Rainer A. Müller (Hrsg.): Erlebte und gelebte Universität. Die Universität München im 19. und 20. Jahrhundert. Pfaffenhofen 1986, S. 322–325, hier S. 325.

64 Vgl. dazu: Budde: Zur Einführung (wie Anm. 7), S. 35 f.

65 Marianne Weber: Parlamentarische Arbeitsformen (wie Anm. 13), S. 297 (S. 111 f.).

gen treffen heute noch zu, selbst wenn man im Plenum keine Zeitung mehr liest oder Briefe schreibt. Diese Alltagsroutine setzte sich auch bald bei Marianne Weber durch, die sogar während der Sitzungen und auf den Briefbögen des Badischen Landtags an ihren Mann schrieb.⁶⁶ Man hat den Eindruck, dass die politische Arbeit sie intellektuell nicht ausreichend auslastete. Es zog sie zurück zur Frauenbewegung und dann über Jahre an den heimischen Schreibtisch, wo sie das Werk ihres verstorbenen Mannes herausgab, seine Biographie schrieb und somit den Grundstein für seinen Weltruhm legte.⁶⁷

Der Vetter Otto Baumgarten hat Max und Marianne Weber als ein Ehepaar im Hegelschen Sinn gedeutet: „die Einheit zweier, die doch voneinander verschieden sind.“⁶⁸ Diese kongeniale Verbindung habe über den Tod von Max Weber hinaus gewirkt. Gilt dies, so darf man fragen, auch für die Entscheidung der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Max und Marianne Weber in politischer Hinsicht als *einen* Kopf – und nicht zwei eigene Köpfe – der Demokratiegeschichte zu würdigen?⁶⁹ Im Bekenntnis zum Liberalismus, zum deutschen Nationalstaat, zu einer privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung, der gesellschaftlich führenden Rolle des Bürgertums, dem Ethos der individuellen Verantwortung und schließlich auch zur republikanischen Staatsverfassung waren Max und Marianne Weber Geistesverwandte. Max Weber war, das ist unbestritten, ein politisch-intellektueller Kopf mit bestechend klarer Analysefähigkeit und einer charismatischen Redegabe. Marianne Weber sah ihn sogar, wie einige seiner Zeitgenossen, als künftigen Reichskanzler der Weimarer Republik. Er scheiterte aber bereits an der Kandidatur in seinem Wahlkreis und schrieb dann mit bitterer Selbstironie, dass er nun unter den Gesetzen zu leben habe, die seine Frau mache – „noch feministischer kann man doch nicht sein!“⁷⁰ Marianne Weber war eine politisch denkende, reflektierte Frau, die sich trotz ihrer hohen ideellen Ansprüche nicht vor klein-

66 Am 2. Juli 1919 schreibt sie auf dem alten Briefbogen der „II. Kammer“, der mit der neuen Landtagsangabe überstempelt war, an ihren Mann: „Da bin ich wieder und throne auf dem Podium dieses hübschen Rundsaaes und höre die [...] Auseinandersetzungen unsres sehr gescheiten Finanzministers [...]“. Brief von Marianne Weber an Max Weber vom 2. Juli 1919. In: BSB München, Ana. 446.C.; Kopie und Transkription in: Max Weber-Arbeitsstelle, BAfW München.

67 Vgl. Edith Hanke: „Max Webers Schreibtisch ist nun mein Altar“. Marianne Weber und das geistige Erbe ihres Mannes. In: Karl-Ludwig Ay/Knut Borchardt (Hrsg.): Das Faszinosum Max Weber. Die Geschichte seiner Geltung. Konstanz 2006, S. 29–51.

68 Baumgarten: Marianne Weber (wie Anm. 15).

69 Wie Anm. 5.

70 Brief von Max Weber an Martha Riegel vom 29. Januar 1919. In: Max Weber: Briefe 1918–1920. Hrsg. von Gerd Krumeich u. M. Rainer Lepsius (MWG II/10). Tübingen 2012, S. 414 f., hier S. 414 (Hervorhebung im Original).

teiliger, mühsamer Vereins- und Parlamentsarbeit scheute. Ihr kommunalpolitisches Engagement zeugte von Bürgernähe und Pragmatismus. Sie wusste, welche Gesetze für wen gemacht wurden und welche Auswirkungen diese auf das Leben der Bürger und Bürgerinnen haben würden. Anders als ihr Ehemann, der mit der Gabe der freien Rede ausgestattet war, las sie von gut ausgearbeiteten Manuskripten ab, die sie nachher fast unverändert publizieren konnte. Sie war auch aufgrund ihres Charakters um Ausgleich, Zusammenhalt und Kompromiss bemüht. Diese Grundeigenschaften einer funktionierenden parlamentarischen Demokratie entsprachen ihrem, aber nicht Max Webers Naturell. Nüchtern bilanzierte Marianne Weber ihre politisch-parlamentarischen Erfahrungen:

„Nur wer einmal in die sich hinter verschlossenen Türen vollziehende Arbeit des Gesetzgebers und Politikers hineingeschaut und an ihr verantwortlich mitgewirkt hat, weiß anschaulich, was es in einem demokratischen Parlament bedeutet, daß *Politik die Kunst des Möglichen* ist; nur er erfährt, welches Maß von Beraten, Verhandeln, Entgegenkommen, Verzichten von seiten aller zu gleichem Recht und mit gleicher Verantwortung Beteiligten nötig ist, um eingreifende Gesetze und Handlungen [...] überhaupt zustande zu bringen.“⁷¹

71 Marianne Weber: Parlamentarische Arbeitsformen (wie Anm.13), S. 299 (S.115) (Hervorhebung im Original).